S 35 KR 1444/19

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Freistaat Bayern

Sozialgericht Bayerisches Landessozialgericht

Sachgebiet Krankenversicherung

Abteilung -

Kategorie Urteil Bemerkung -Rechtskraft -

Deskriptoren Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung

Arztverschulden Krankengeld

Leitsätze Geht das Fehlen von

Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen nicht auf Verschulden des behandelnden Arztes

zurück, besteht kein Anspruch auf

Krankengeld

Normenkette SGB V § 45

1. Instanz

Aktenzeichen S 35 KR 1444/19

Datum 07.10.2019

2. Instanz

Aktenzeichen L 5 KR 592/19 Datum 15.06.2021

3. Instanz

Datum -

- I. Die Berufung des Klägers gegen den Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Mþnchen vom 07.10.2019 wird zurþckgewiesen.
- II. Au̸ergerichtliche Kosten sind nicht zu erstatten.
- III. Die Revision wird nicht zugelassen.

Â

ÂTatbestand:

Streitig ist ein Anspruch auf Krankengeld f $\tilde{A}\frac{1}{4}$ r die Zeit vom 12.04. bis 30.09.2018.

Der KlĤger war vom 31.01.2018 bis 30.03.2018 arbeitsunfĤhig erkrankt aufgrund eines ZwĶlffingerdarmgeschwļres sowie chronischer Schmerzen und legte der Beklagten die entsprechenden Ĥrztlichen ArbeitsunfĤhigkeitsbescheinigungen vor.

Da der Kl \tilde{A} ¤ger in diesem Zeitraum Leistungsfortzahlungen von der Agentur f \tilde{A} 1 4r Arbeit erhielt bis zum 11.04.2018, teilte die Beklagte dem Kl \tilde{A} ¤ger mit Bescheid vom 11.06.2018 mit, dass der Krankengeldanspruch ruhe.

Mit Schreiben vom 13.12.2018 beantragte der Kl \tilde{A} ¤ger sodann Krankengeld ab dem 12.04.2018 bis 30.09.2018. Dies lehnte die Beklagte mit Bescheid vom 28.12.2018 ab, da der Kl \tilde{A} ¤ger f \tilde{A} ½r diesen Zeitraum keine AU-Bescheinigungen vorgelegt habe.

Dagegen erhob der Kläger Widerspruch und trug vor, dass er nicht mehr gehen könne und krank sei. Die Beklagte holte einen Befundbericht des Orthopäden W. ein, der angab, dass er keine Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen ausgestellt habe. Die Beklagte wies daraufhin den Widerspruch zurück mit Widerspruchsbescheid vom 30.04.2019.

Der KlĤger hat sein Begehren weiterverfolgt und Klage erhoben zum Sozialgericht Mľnchen. Er kĶnne belegen, dass er nicht mehr gehen kĶnne. Er habe nicht gewusst, dass er nicht unmittelbar im Anschluss an das Arbeitslosengeld Rente erhalten wľrde, sondern erst ab dem 01.10.2018.

Das Sozialgericht hat die Klage abgewiesen mit Gerichtsbescheid vom 07.10.2019 und seine Entscheidung darauf gestützt, dass der Kläger keine ärztlichen Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen vorgelegt habe.

Hiergegen richtet sich die Berufung des KlĤgers mit der er noch einmal betont, dass er in dem streitigen Zeitraum krank gewesen sei und nicht mehr habe gehen kĶnnen.

Der KlĤger beantragt,

den Gerichtsbescheid des Sozialgerichts München vom 07.10.2019 sowie den Bescheid der Beklagten vom 28.12.2018 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 30.04.2019 aufzuheben und die Beklagte zu verurteilen, dem Kläger Krankengeld zu zahlen in der Zeit vom 12.04.2018 bis einschlieÃ□lich 30.09.2019.

Die Beklagte beantragt,

ÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂ.

Die Gerichtsakten beider Rechtsz $\tilde{A}^{1}/_{4}$ ge sowie die Verwaltungsakte der Beklagten waren Gegenstand der m $\tilde{A}^{1}/_{4}$ ndlichen Verhandlung. Erg \tilde{A} nzend wird hierauf Bezug genommen.

Â

Entscheidungsgründe:

Die zulĤssige Berufung (<u>ŧŧ 143</u>, <u>151 SGG</u>) ist in der Sache nicht erfolgreich. Das Sozialgericht hat in rechtlich zutreffender Weise mit Gerichtsbescheid vom 07.10.2019 die Klage abgewiesen. Die streitgegenstĤndlichen Bescheide der Beklagten sind rechtmĤÄ□ig und verletzen den KlĤger nicht in seinen Rechten.

Der Senat schlie \tilde{A} sich nach eigener \tilde{A} berzeugungsbildung den rechtlichen Gr \tilde{A} 4nden der erstinstanzlichen Entscheidung an und nimmt zur Vermeidung von Wiederholungen hierauf Bezug gem. \hat{A} 8 153 Abs. 2 SGG.

Ergänzend weist der Senat darauf hin, dass keinerlei Anhaltspunkte dafür bestehen, dass das Fehlen der Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen in den Verantwortungsbereich des behandelnden Arztes fallen könnte. MaÃ∏geblich war vielmehr die Fehlvorstellung des Klägers, dass er bereits ab dem 12.04.2018 Erwerbsminderungsrente erhalten würde.

Die Kostenentscheidung folgt aus <u>§ 193 SGG</u>.

Gründe für die Zulassung der Revision gem. <u>§ 160 Abs. 2 SGG</u> liegen nicht vor.

Â

Erstellt am: 09.02.2022

Zuletzt verändert am: 22.12.2024